DAS SCHWEIGEN BRECHEN

SEXUELLE GEWALT IN KAMBODSCHA

Häuser in Phnom Penh, in der Nähe von Psar Thmei
© Konstantin Greger

GEWALT GEGEN FRAUEN VERHINDERN

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.
Länderkoordinationsgruppe Kambodscha
E: kambodscha-amnesty@tavari.de . W: www.amnesty.de

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

AMNESTY INTERNATIONAL

"Ich schämte mich sehr und wollte zunächst Selbstmord begehen, wegen dem was geschehen ist. Und obwohl ich das Verbrechen angezeigt habe... hat niemand etwas unternommen ... Nur ewiges Schweigen."

Meas Veasna, die im Juni 2009 von einem Mönch vergewaltigt wurde

Kambodschas Zeitungen berichten zunehmend über Vergewaltigungen. Sehr verbreitet sind Übergriffe auf sehr junge Mädchen und auch Gruppenvergewaltigungen. Der akute Mangel an geeigneten Einrichtungen für die Opfer von Vergewaltigungen spiegelt die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Vergewaltigungen und sexueller Gewalt wider.

Opfer von sexueller Gewalt, die versuchen, Gerechtigkeit zu erlangen, werden auf Schritt und Tritt behindert: durch diskriminierendes Verhalten, welches sie stigmatisiert, durch korrupte und ineffiziente Polizei- und Justizangehörige, durch eine unzureichende medizinische Versorgung, die vom Personal oft ohne Feingefühl durchgeführt wird, und nicht zuletzt durch eine Regierung, die nicht in der Lage ist die Dringlichkeit der Situation zu erkennen.

Kambodschas neues Strafgesetzbuch wird Ende 2010 in Kraft treten. Amnesty International fordert die kambodschanische Regierung auf, bei dieser Gelegenheit die unzureichende Strafverfolgung in Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt aufzugreifen. Die Regierung hat bereits Strategien zur Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung mit einem klaren Fokus auf Menschenhandel und häusliche Gewalt. Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt müssen in diese Bemühungen mit einbezogen werden, um das Problem effizient anzugehen und den politischen Willen zu beweisen.

Die folgenden Ausführungen sind eine Zusammenfassung des Berichtes „*Das Schweigen brechen: Sexuelle Gewalt in Kambodscha*" (Index: ASA 23/001/2010) von Amnesty International[1]. Der Bericht beruht auf Interviews mit rund 30 weiblichen Vergewaltigungsopfern aus 10 Provinzen und etwa einem Dutzend ihrer Familienangehörigen. Die Gewalttaten, die im Bericht beschrieben werden, fanden zwischen Anfang 2006 und Dezember 2009 statt. Amnesty International traf ebenfalls rund 50 SozialarbeiterInnen, Regierungsbeamte, Vollzugsbeamte und Anwälte in verschiedenen Provinzen und befragte fünf geständige Täter in zwei Gefängnissen.

DIE ANZAHL DER BERICHTE ÜBER VERGEWALTIGUNGEN STEIGT

Es gibt keine umfassenden, verlässlichen Statistiken über Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Kambodscha. Die existierenden Zahlen sind lückenhaft und unzuverlässig. Zwischen November 2008 und November 2009 hatte die Polizei nur 468 Fälle von Vergewaltigung, versuchter Vergewaltigung und sexuelle Belästigung registriert.

Daten der Polizei und Nichtregierungsorganisationen (NRO) deuten darauf hin, dass zunehmend Kinder die Opfer von Vergewaltigungen sind. 2009 waren 78 Prozent der Opfer, die sich an die Menschenrechtsorganisation Adhoc wandten Kinder, im Vergleich zu 67 Prozent im Jahr 2008. Es ist nicht bekannt, ob dieser Anstieg die tatsächliche Situation widerspiegelt oder die Tatsache, dass Vergewaltigungen bei unter 18jährigen häufiger gemeldet werden.

---

[1] Zu erhalten unter http://www.amnesty.org/en/library/info/ASA23/001/2010/en

Eine kambodschanische Frau beim Kochen, Phnom Penh. © Nathan Keirn

In Kambodscha beherrschen geschlechtsspezifische Vorurteile den Alltag. Das *Chbab srey* ("Frauenrecht") weist die Frauen an, ihren Ehemännern immer zu dienen und sie zu respektieren, sowie häusliche Probleme niemals außerhalb ihres Heims anzusprechen.

Chantha war 14 Jahre alt, als ihr 40-jähriger Stiefvater sie im Jahr 2007 vergewaltigte. Die erste Person, an die sie sich wegen der Vergewaltigung wandte, war ihre Tante. "Dann fand es meine Mutter heraus und sie erstattete ein paar Tage später Anzeige bei der lokalen Polizeibehörde … Wir gingen auch zu… einer Nichtregierungsorganisation, die mich ins Krankenhaus brachte für eine [medizinische] Untersuchung. Ich bekam nie irgendeine Behandlung." Die Polizei verhaftete ihren Stiefvater, entließ ihn aber wieder innerhalb von Tagen. "Ich weiß nicht warum, aber er muss die Polizei bestochen haben. Er kannte die Polizisten. Und ich glaube, er hat auch meiner Mutter etwas Geld gegeben." Er verließ die Region, aber Chantha hat immer noch Angst vor ihm, weil er auf freiem Fuß ist. Deshalb lebt sie in einem Frauenhaus. "Ich fürchte, er könnte meine Familie töten, und wenn ich im Dorf bin, schäme ich mich sehr. Ich fürchte, dass ich niemanden finden werde, der mich liebt".

Der akute Mangel an angemessener Hilfe und Unterstützung für die Opfer sexueller Gewalt kann mit den unzureichenden Informationen über Anzahl der betroffenen Mädchen und Frauen zusammenhängen. Die Informationen, welche Art von medizinische und psychosoziale Hilfe sie bräuchten und unter welchen Bedingungen sie leben, sind lückenhaft. Es gibt auch kein System zur Nachverfolgung der Situation der Opfer, nachdem sie Vergewaltigungen angezeigt haben. Dadurch sind die Behörden nicht gezwungen, kritisch analysieren zu müssen, wie sie mit Fällen von Vergewaltigung umgehen, wie sie die Opfer unterstützen und an welchen Stellen des Verfahrens systembedingte Mängel auftreten.

VERÄNDERUNGEN IM NATIONALEN GESETZ ZU VERGEWALTIGUNGEN

Das neue Strafgesetzbuch Kambodschas wird Ende 2010 in Kraft treten und wird das UNTAC[2]-Gesetz von 1992 ersetzen; dadurch wird das nationale Recht bzgl. Vergewaltigung geändert. Das UNTAC Gesetz definiert Vergewaltigung als „jeden sexuellen Akt der eine Penetration durch Grausamkeit, Nötigung oder Überraschung beinhaltet“ (Art. 33).

Im neuen Strafgesetzbuch steht „Jeder Akt sexueller Penetration welcher Art auch immer, oder das Penetrieren eines sexuellen Organs einer Person des gleichen oder eines anderen Geschlechts durch ein Objekt mittels Gewalt, Nötigung, Drohung oder Überraschung stellt eine Vergewaltigung dar.” (Art. 239)

Durch das Ersetzen des vagen Begriffs „Grausamkeit“ durch „Gewalt“ und „Drohung“, ist das neue Gesetz etwas eindeutiger. Es setzt auch die Altersgrenze für eine Einwilligung in sexuelle Handlungen auf 15 Jahre fest, was vorher nicht geregelt war.

Dennoch wird im neuen Strafgesetz Vergewaltigung nicht deutlich als das Fehlen einer wahren und aus freien Stücken gegebenen Einwilligung zu sexuellen Handlungen bezeichnet.

Dieses Defizit ist besonders gravierend, da dadurch Vorurteile gegenüber Vergewaltigungsopfern verstärkt werden könnten. Richter, die sich auf handfeste Versuche der Opfer konzentrieren, sich gegen den Angriff zu wehren, anstatt auf die fehlende Einwilligung, werden durch diese Formulierung unterstützt.

Armut macht Frauen anfälliger für sexuelle Gewalt und erschwert ihnen, medizinische Versorgung zu erhalten oder ihren Fällen ermitteln zu lassen.

Das Dorf Andong im Außenbezirk von Phnom Penh hat keine sanitären Einrichtungen oder Elektrizität. ©Peter Harris

"Wenn du kein Geld hast, dauert die Lösung [des Falles] sehr lange und ist schwierig durchzusetzen."
Die Mutter von Mom. Mom wurde 2006 von zwei Männern vergewaltigt.

---

[2] “United Nations Transitional Authority for Cambodia”; die UN-Übergangsregierung nach der Herrschaft der roten Khrmer hatte das Gesetzbuch erstellt

”Nur ewiges Schweigen"

Am 11. Juni 2009 wurde **Meas Veasna**[3] im Wat Kaley in Prey Veng vergewaltigt. Sie war zur Pagode gegangen, um heiliges Wasser zu holen, nur einige Wochen nach ihrer Entbindung. Ein Mönch näherte sich ihr mit einer Tasse Kaffee. Nachdem sie getrunken hatte, fühlte sie sich erschöpft und betäubt – offenbar waren Drogen hinzugefügt worden, um sie zu betäuben. Der Mönch nahm sie mit in ein Zimmer in einem der Klostergebäude und vergewaltigte sie. Als ihr Mann eine Zeit später das Zimmer betrat, sprang der Mönch aus dem Bett und lief aus einer anderen Tür hinaus.

Nachdem Meas Veasna bei der Polizei Anzeige erstattet hatte, berief die Pagode ein Treffen ein. Bei diesem Treffen waren neben Polizei und lokalen Behörden auch Meas Veasna, die Vertreter der Pagode und der mutmaßliche Täter anwesend. Ein Repräsentant der Pagode bot ihr eine Million Riel (US $ 250) für Medikamente. Sie willigte ein, bestand aber darauf, dass der mutmaßliche Täter strafrechtlich verfolgt werden sollte und wollte ihre Anzeige nicht zurückzuziehen.

Seitdem ist nichts geschehen. Fragte sie bei den örtlichen Behörden nach, so behauptete die Polizei, dass die Untersuchung noch lief. Die ganze Zeit über blieb der mutmaßliche Täter in der Pagode, anscheinend geschützt von den Behörden und dem örtlichen Sangha (Buddhistischer Klerus).

"Es ist immer noch sehr schwer. Er tat mir dies an; ich habe es angezeigt, aber niemand hat irgendetwas getan. Und mein Ruf ist ruiniert.“

"Ich fühle viel Scham und wollte zunächst Selbstmord begehen, wegen dem was geschehen ist. Und obwohl ich das Verbrechen angezeigt habe... hat niemand etwas unternommen, ... Nur ewiges Schweigen.“

"Warum ist es wichtig, dass der Täter bestraft wird? Um ihn daran zu hindern, das, was er mir angetan hat, anderen anzutun. Wenn er nicht belangt werden kann und nicht zur Rechenschaft gezogen wird, kann er es wieder tun."

Obwohl Meas Veasnas Ehemann sie unterstützt, machten es ihr andere Verwandte unmöglich, zu Hause zu leben. Sie verbrachte einige Monate in einem Frauenhaus. Wenn der Täter nicht für schuldig befunden wird, wird sie sich vermutlich mit einer Scheidung von ihrem Ehemann einverstanden erklären müssen, weil die Vergewaltigung als Schande für die Familie ihres Mannes gesehen wird.

[3] Meas Veasna wollte, dass Amnesty International ihren richtigen Namen verwendet.

STIGMATISIERUNG UND ANGST

In Kambodscha sehen sich Opfer von Vergewaltigungen und anderen sexuellen Gewalttaten einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten ausgesetzt, beim Versuch, mit ihrer Situation fertig zu werden.

Viele der Frauen, mit denen Amnesty International sprach, sagten, dass sie zögerten, irgendjemandem zu erzählen, was ihnen passiert war. Sowohl jüngere als auch ältere Opfer sagten, sie hätten das Gefühl, etwas falsch gemacht zu haben und suchten die Schuld bei sich selbst. Einige berichteten, dass ihre Familien ihnen indirekt oder offen unterstellten, sie würden sich zu weit von zu Hause entfernen, zu lange wach bleiben oder sie würden sich von Fremden täuschen lassen.

Mehrere Opfer sagten, sie fühlten sich entmutigt, den Vorfall bei den Behörden anzuzeigen aus Angst, dass ihnen nicht geglaubt würde. Sie deuteten auch an, dass wenn ihnen nicht geglaubt würde, die Anzeige für eine Strafverfolgung aussichtslos wäre und ihre Situation sogar noch verschlimmern könnte, indem sie der Gefahr von Vergeltung, Gesichtsverlust und Rufschädigung ausgesetzt wären.

Ravy, heute 15, wurde als 13-Jährige von ihrem Stiefvater über ein Jahr hinweg wiederholt vergewaltigt. Er schlug sie oft mit einem Stock und drohte ihr mit einem Messer. *"Ich wagte zunächst nicht, jemand davon zu erzählen. Ich wagte nicht, es meiner Mutter zu sagen, da ich nicht dachte, dass sie mir glauben würde und ich erzählte es nicht meiner Oma. Schließlich erzählte ich es einem Onkel," sagte sie.*

Keines der von Amnesty International befragten Opfer, hatte den Vorfall der Polizei alleine gemeldet; die meisten wurden von einem Familienmitglied begleitet. Deshalb bedeutet jede Verzögerung, bis die Tat einem Familienangehörigen berichtet wird, eine Verzögerung, bis die Tat bei der Polizei angezeigt wird. Dies hat schwerwiegende Auswirkungen auf die Sicherung von Beweismitteln für die Strafverfolgung.

Obwohl Opfer häufig von ihrer Umgebung und manchmal sogar von den eigenen Familien stigmatisiert wurden, wurden es die Täter dagegen nicht. *"Ich habe von niemandem in meinem Dorf gehört, der auf mich herunter geschaut hätte und auch nicht hier im Gefängnis. Es gibt hier so viele, die schlimme Dinge getan haben"*, sagte Meng. Er wurde wegen Vergewaltigung von zwei Mädchen aus der unmittelbaren Nachbarschaft, im Alter von 9 und 10 Jahren verurteilt und verbüßt eine 14-jährige Haftstrafe.

"NIEMAND WÜRDE ES WAGEN, DIE REICHEN ZU VERGEWALTIGEN"

Obwohl Vergewaltigungen in allen sozioökonomischen Schichten der kambodschanischen Gesellschaft vorkommen, waren sich alle einig, mit denen Amnesty International sprach, dass Frauen und Mädchen die in Armut leben, einem vergleichsweise höheren Risiko ausgesetzt sind, vergewaltigt zu werden. Die Vergewaltigungsopfer, die Amnesty International interviewte, bezeichneten sich entweder als arm oder sehr arm und meist wurde der Täter als wirtschaftlich besser gestellt beschrieben.

Mehrere Befragte wiesen ausdrücklich darauf hin, dass ihre Armut sie verwundbar macht. Samith Hou, Generalsekretärin des kambodschanischen Nationalrats für Frauen sagte: *"Niemand würde es wagen, die Reichen zu vergewaltigen."* Armut erschwert den Opfern, Zugang zu Dienstleistungen und Gerechtigkeit zu erhalten. Neben Bestechungsgeldern wurden die Kosten für Fahrten zu Kliniken, Polizei und Gerichten als besonders belastend von den Frauen beschrieben. Die meisten hatten dafür finanzielle Unterstützung von NROs erhalten, hielten diese aber für nicht ausreichend. Es scheint, dass die Behörden die Verantwortung für solche Unterstützungen ganz den NROs überlassen, die nicht in der Lage sind, diese Kosten ständig zu decken. Zweifelsohne ist eine Unterstützung für von Armut betroffene Opfer erforderlich, um zu gewährleisten, dass sie Zugang zu verfügbaren Dienstleistungen haben und Gerechtigkeit erfahren.

Das Recht der Opfer von Menschenrechtsverletzungen auf Gerechtigkeit, unabhängig davon, ob der Täter ein Staatsangestellter oder eine Privatperson ist, liegt jedem System zum Schutz der Menschenrechte zugrunde. Staaten haben die Pflicht, sicherzustellen, dass dieses Recht respektiert, geschützt und erfüllt wird. Diese Verpflichtung ist - neben anderen - in Artikel 2 (3) des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte festgelegt. Als Vertragsstaat ist Kambodscha daran gebunden. Wie alle anderen Rechte in diesem Pakt, muss Gerechtigkeit ohne Diskriminierung u.a. aufgrund von "sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Status" sichergestellt werden. Die kambodschanischen Behörden versagen dabei, ihre internationalen Verpflichtungen entsprechend dieser Prinzipien gegenüber den Opfern von Vergewaltigungen und anderer sexueller Gewalttaten zu erfüllen.

AUSGEBEUTET DURCH POLIZEI UND GERICHTE

Die Opfer von Vergewaltigungen, die mit Amnesty International sprachen, hatten eine sehr zwiespältige Ansicht über die Polizei. Einerseits beschrieben sie Polizeibeamte, die mit ihrem Fall befasst waren, als korrupt, unehrlich, und häufig auf der Seite der mutmaßlichen Täter stehend. In einigen Fällen waren Polizeibeamte selbst die Täter. Andererseits zeigten die meisten Frauen und ihre Familienangehörigen das Verbrechen bei der Polizei an. Dies unterstreicht ihre Wahrnehmung, dass die Polizei eine entscheidende Rolle bei der Verfolgung des Verbrechens spielt.

Eine deutliche Mehrheit der Befragten berichtete Amnesty International, dass sie Bestechungsgelder an die Polizei gezahlt hatten, oder dazu aufgefordert worden waren, aber kein Geld dafür hatten. In 21 der 30 Fälle berichteten die Opfer, dass die Polizei den Fall „untersucht“ hatte. 16 davon sagten, dass sie wussten, dass sie Bestechungsgelder zahlen mussten, um eine Untersuchung zu gewährleisten. Sie wurden zur Zahlung von 5 US $ bis 10 US $ aufgefordert, um die Untersuchung zu beginnen. Keine von ihnen konnte sich das leisten. Ein schweres Verbrechen nur unter der Bedingung zu untersuchen, dass Bestechungsgelder gezahlt werden, verstößt gegen die Sorgfaltspflichten Kambodschas, Menschenrechte zu schützen und Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Vergewaltigung, zu untersuchen.

Viele Frauen und Mädchen, einschließlich derjenigen, die in Armut leben, mussten Bestechungsgelder an die Polizei zahlen, damit eine Untersuchung eingeleitet wurde. Bestechung und Korruption neigen dazu, den Täter zu begünstigen.

Polizei in Siem Reap Stadt [Bild] © Lily Currie

"Die Polizei arbeitet nur, wenn du Geld hast, wenn du bezahlen kannst. Hunderttausend Riel [25 US $] und sie verhaften jemanden, aber wir hatten das nicht. Und wenn du kein Geld hast, ignoriert die Polizei den Fall einfach."

Vater einer 18-jährigen Frau mit einer geistigen Behinderung, die zweimal vergewaltigt wurde, zuletzt im November 2009

Die schlechte Ausstattung der Polizei macht die Beamten anfälliger für Bestechung und Korruption. Polizeibeamte, die anonym bleiben wollten, beschwerten sich darüber, dass sie kein Budget zur Verfügung hatten, um Untersuchungen durchzuführen. Daher hatten sie entweder die Möglichkeit die Beschwerdeführerin aufzufordern, Mittel bereitzustellen, keine Ermittlungen durchzuführen oder aber mit ihrem eigenen Geld zu bezahlen.

Sie sagten, dass das fehlende Budget sie daran hindert, so zu handeln, dass das Wohlergehen des Opfers sicher gestellt ist. Beispielsweise werden Opfer und Täter in der Regel im selben Auto - oftmals gemeinsam auf dem Rücksitz – für eine erste Befragung zum Gericht gefahren. Polizeibeamte erklärten auch, dass die Familien der Opfer und Täter sich die Fahrtkosten in der Regel teilen mussten.

Selbst wenn ein Fall vor Gericht kommt, müssen die Opfer Bestechungsgelder zahlen, damit der Fall untersucht wird. Wenn eine Beschwerdeführerin nichts zahlt, wird der Fall nur langsam vorangebracht. Es kann mehr als zwei Jahre dauern, bevor irgendetwas geschieht. Ist der Verdächtige in Untersuchungshaft, wird der Fall am häufigsten kurz vor Überschreitung der maximalen Dauer der Untersuchungshaft entschieden. Diese beträgt nach der Strafprozessordnung von 2007 18 Monate.

Thavy

Die Polizei verhaftete Thavy im November 2009 zusammen mit vier anderen Prostituierten in einem Park in Phnom Penh. Sie wurden zur nächsten Polizeiwache gebracht, wo ein paar Beamte, die den Eindruck machten, betrunken zu sein, mit ihren Schlagstöcken auf ihre Knöchel schlugen und sie zwangen, die Toilette sauber zu machen. Ein uniformierter Polizist, der nicht in dieser Wache Dienst hatte, war auch anwesend. Nach ein paar Stunden näherte er sich Thavy und zwang sie, mit ihm in eine Pension in einem anderen Teil der Stadt zu gehen, wo er sie vergewaltigte. *„Sollte ich mich weigern, so drohte er, dass ich im Gefängnis landen werde [...] Ich will nicht, dass das wieder passiert. Sie verhaften, schlagen, misshandeln und vergewaltigen uns. Die Polizei sollte friedlich sein; sie sollte Gewalt verhindern“*, sagte sie.

AUSSERGERICHTLICHE EINIGUNGEN

Bei Vergewaltigungen sind außergerichtliche Einigungen weit verbreitet. Mehrere hochrangige Beamte glauben, dass dies die häufigste "Lösung" ist. In der Sprache Khmer wird der Begriff samroh-samruol für dieses Vermittlungsverfahren verwendet. Die Polizei fungiert als Vermittler und versucht einen finanziellen Ausgleich zwischen dem Täter oder seiner Familie und dem Opfer oder ihrer Familie zu erreichen. Bedingung dabei ist, dass das Opfer seine Strafanzeige zurückzieht. Der Vermittler erhält einen Teil der Zahlung. Ungefähr die Hälfte der Befragten hatte ein solches Eingreifen erlebt.

Zum Teil als alternative Gerechtigkeit akzeptiert und von einigen als "die beste zur Verfügung stehende Lösung" betrachtet, sind außergerichtliche Vergleiche im kambodschanischen Recht nicht als legitime Form der Rechtshilfe anerkannt. Dennoch gibt es sie weiterhin und die Behörden geben zu, dass sie weit verbreitet sind.

Beamte wiesen darauf hin, dass die Vorteile des Verfahrens darin liegen, dass der Täter explizit oder implizit das Verbrechen gesteht und für das, was er getan hatte, "zahlen" muss. Allerdings räumte der Staatssekretär des Innenministeriums ein:

„Der Nachteil ist, dass wenn der Täter nicht entsprechend der Schwere seiner Tat bestraft wird, scheint es so, als ob wir diese Tat dulden oder entschuldigen. Und der Täter wird möglicherweise eine weitere Tat begehen.“

GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN UND –VERSORGUNG

Medizinische Untersuchungen und Behandlung von Opfern von Vergewaltigungen in Kambodscha, erreichen bei Weitem nicht die Standards der Weltgesundheitsorganisation (von 2003) und haben weiterhin einen traditionellen Fokus auf den Zustand des Hymens. Einige medizinische Atteste kommentieren nur den Zustand des Hymens. Diese Befunde lassen nicht nur andere mögliche Verletzungen im Genitalbereich außer Acht, sondern auch dass die meisten Verletzungen bei einer Vergewaltigung nicht im Genitalbereich zu finden sind und dass die Vergewaltigungsopfer möglicherweise gar keine physischen Verletzungen haben müssen. Während eine Verletzung des Hymens erwähnt werden sollte, kann sie nicht als bestimmendes Beweismittel für Vergewaltigung angesehen werden. Ebenso kann eine feh-

lende Verletzung des Hymens auch nicht als Beweis für das Fehlen einer Vergewaltigung angesehen werden. Der Fokus der Ärzte auf ein intaktes Hymen kann auch zum Schluss führen, dass die Vergewaltigung gar nicht stattgefunden hat, und daher die Opfer wieder traumatisiert werden.

Amnesty International sprach mit einer Frau, deren neunjährige Tochter vergewaltigt worden war. Sie beschrieb was geschah, als sie ihr Kind für eine Untersuchung zur forensischen Abteilung des Provinzkrankenhauses brachte: *"Es war sehr schwierig, weil sie nicht still halten konnte, sondern sich schämte und weinte, und offenbar Angst hatte, erneut verletzt zu werden. Der Arzt stellte einige Fragen über den Vorfall und sagte dann zu mir: "Machen Sie sich keine Sorgen. Das Hymen Ihrer Tochter ist nicht verletzt."*

Spezielle medizinische und psychologische Behandlung für Opfer von sexueller Gewalt gibt es in Kambodscha kaum. Nur einer der 30 Befragten wurde eine Untersuchung auf sexuell übertragbare Infektionen und ein Schwangerschaftstest angeboten. Die Krankenhäuser, die Untersuchungen zur Sicherung von Beweismitteln durchführen und forensische Atteste ausstellen dürfen, bieten keinerlei Behandlung an, während spezielle Fachkliniken nicht für diese Untersuchungen befugt sind. In den Gesprächen mit Amnesty International wurde offensichtlich, dass die Unterscheidung in klinische und forensische Dienstleistungen Nachteile für die Opfer bringt.

Obstverkäuferinnen, Phnom Penh, März 2010. "Männer sind Gold, Frauen sind Stoff", ist eine Redensart in Khmer, die den geringeren sozialen Wert von Frauen ausdrückt. Die Vorstellung, dass Frauen abgenutzt, zerrissen und beschmutzt werden können, Männer jedoch nicht, ist weit verbreitet.

© Amnesty International

Nur je ein öffentliches Krankenhaus in jeder Provinz und einige große Krankenhäuser in Phnom Penh, sind berechtigt, forensische medizinische Atteste zu erstellen, die als Beweismittel vor Gericht zugelassen sind. Aber da diese forensischen Abteilungen keine Behandlung bieten, müssen Frauen mit Verletzungen, die eine Behandlung benötigen, mehrfach eine Klinik oder ein Krankenhaus besuchen. Für diejenigen, die weit entfernt von einer Provinzhauptstadt leben, kann bereits ein Besuch im Krankenhaus mit abschreckend hohen Kosten verbunden sein. Die ärztlichen Untersuchungen können ebenfalls eine traumatische Erfahrung sein, vor allem wenn das Personal nicht entsprechend sensibel vorgeht: Indem Fragen unsensibel gestellt werden, wenn nur sehr wenig Zeit für Fragen und die Untersuchung zur Verfügung steht, Kinder nicht von ihren Eltern oder Sozialarbeitern begleitet werden dürfen oder wenn das Personal sich nicht auf Gesundheit und Sicherheit der Opfer konzentriert. Das Personal in den Krankenhäusern hat meist sehr wenig Wissen und Verständnis für die Bedürfnisse der Opfer.

Die medizinischen Leistungen für die überwiegende Mehrheit der kambodschanischen Vergewaltigungsopfer liegen weit unter den internationalen Maßstäben hinsichtlich der Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Annehmbarkeit und angemessener Qualität. Die Angebote von NROs, einschließlich psychologischer Betreuung, sind knapp und bieten oft nur das Nötigste. Entschließen sich die Opfer zuhause bei ihren Familien zu bleiben, anstatt in ein Frauenhaus zu gehen, haben sie noch geringere Möglichkeiten diese wenigen Leistungen in Anspruch zu nehmen.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Das vorhandene System, Opfern von sexueller Gewalt in Kambodscha zu helfen, ist im schlimmsten Fall nur eine Reihe von Regelungen zum Geld verdienen, um den beteiligten Beamten persönliche Vorteile zu verschaffen, anstatt den Opfern zu Gerechtigkeit zu verhelfen. Das Versagen des Staates wird nicht hinterfragt und für zu viele Opfer von Vergewaltigung setzt sich der anfängliche Missbrauch innerhalb der Strafjustiz fort. Jeder Täter, der als Folge dieser Fehler ungestraft bleibt, ist ein Signal, dass die Behörden gleichgültig sowohl gegenüber der Notlage der Opfer sexueller Gewalt sind, als auch gegenüber ihrer eigenen Pflicht, diese Gewalt zu bekämpfen, wozu sie durch internationales und nationales Recht verpflichtet sind.

Vergewaltigung ist ein Akt geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und stellt eine Diskriminierung dar, die durch internationale Menschenrechtsgesetze verboten ist, einschließlich des Übereinkommens zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung von Frauen. Kambodscha hat dieses Übereinkommen unterzeichnet. Vergewaltigung sollte nicht nur als "sexuelle" Tat verstanden werden, sondern auch als eine Handlung, die durch das Verlangen bestimmt ist, Frauen zu kontrollieren, zu schaden und zu demütigen.

Amnesty International fordert die Regierung auf, sicherzustellen, dass der Staat seiner nationalen und internationalen Verpflichtung nachkommt, das Diskriminierungsverbot und das Recht auf Unverletzbarkeit der Person für Frauen und Mädchen in Kambodscha zu respektieren, zu schützen und zu fördern.

In Anbetracht des neuen Strafgesetzbuches, das Ende 2010 in Kambodscha in Kraft treten wird, muss die kambodschanische Regierung die unzureichende Strafverfolgung in Fällen von vermuteter Vergewaltigung entschieden ansprechen.

Es ist dringend notwendig, dass sich die Behörden klar gegen sexuelle Gewalt an Mädchen und Frauen aussprechen, um zu zeigen, dass sie Straffreiheit für sexuelle Gewalt nicht dulden. Die Behörden müssen auch klarstellen, dass Vergewaltigung das Fehlen einer wirklichen und frei erteilten Einwilligung in sexuelle Handlungen bedeutet.

EMPFEHLUNGEN

Amnesty International fordert die kambodschanische Regierung auf:

- Vergewaltigungen und andere sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen öffentlich zu verurteilen und sich gegen die weit verbreitete Gleichgültigkeit und mangelnde Besorgnis über die Auswirkungen auf Opfer von Vergewaltigungen auszusprechen.

- Die politischen Maßnahmen und Aktionspläne zu ändern, um ausdrücklich sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen

  - zu verhindern,
  - angemessen zu untersuchen und zu bestrafen,
  - und sicherzustellen, dass die Behörden, einschließlich der Gerichte, klarstellen, dass Vergewaltigung ein Verbrechen ist, dass ohne Einwilligung geschieht.

- Sich mit ihrem momentanen Versagen zu befassen, den Opfern angemessene Entschädigung zu gewähren, einschließlich medizinischer Versorgung und psychologischer Betreuung.

- Gegen die Diskriminierung von Frauen und gegen Stereotypen vorzugehen, welche geschlechtsspezifische Gewalt endlos fortsetzt.

- Maßnahmen zur Bekämpfung von sexueller Gewalt in die Richtlinien und Bestimmungen hinsichtlich häuslicher Gewalt und Menschenhandel einzubeziehen.

- Finanzielle Hindernisse für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen für Opfer von Vergewaltigungen zu beseitigen.

- Zu gewährleisten, dass Opfer sexueller Gewalt, Zugang zu sicheren, zeitnahen und wirksamen Anzeigen haben.

- Sicherzustellen, dass die Polizei Ausbildung, Ausrüstung und finanzielle Mittel erhält, um sexuelle Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Eine höhere Zahl von weiblichen Beschäftigten in der Strafverfolgung sollte gefördert werden, um damit die Ermittlungen bei Verdachtsfällen von sexueller Gewalt gegen Frauen und Mädchen voranzutreiben.

- Sicherzustellen, dass forensische Untersuchungen zugänglich, angemessen und kostenlos sind.

- Sicherzustellen, dass Gerichtssäle, Gerichte und die Verfahren den Bedürfnissen der Opfer entsprechen.